
GEMEINSAM FÜR LEBENDIGE AGGLOMERATIONEN 2

Die Agglo, so scheint es manchmal, ist zum schweizerischen Sorgenkind geworden: vernachlässigt, unattraktiv, wenig erfolgreich, egoistisch und verschlossen. Der genauere Blick in die suburbanen Vorstädte (z.B. Zollikofen, Renens oder Schlieren) oder weiter ausserhalb liegende, periurbane Gemeinden (z.B. Münsingen, Echallens oder Rümlang) zeigt jedoch ein differenzierteres Bild. Die Agglo ist für ganz viele Menschen Heimat. Nichtsdestotrotz gibt es für die SP Handlungsbedarf, um die Lebensqualität in den Agglomerationen zu erhöhen. Besonders offensichtlich und dringlich ist dieser Bedarf in den Bereichen Siedlungs- und Raumplanung. Zersiedelung, Verkehrschaos, fehlende soziale Durchmischung und ein Mangel an öffentlichen Infrastrukturen, Dienstleistungen und Begegnungsstätten für die Bevölkerung sind wesentliche Gründe für das Gefühl der Vernachlässigung und einen eher schwach ausgeprägten Gemeinsinn.

Mehr Lebensqualität schaffen – dafür gibt es bewährte Mittel. Und die SP ist die Partei, die diese Mittel kennt und insbesondere im städtischen Raum seit Jahren und Jahrzehnten erfolgreich einsetzt. Nicht, dass die ganze Schweiz zur Stadt werden muss: Agglomerationspolitik heisst aber, dass man sich den gemeinsamen Interessen, Abhängigkeiten und Herausforderungen von Kernstadt, sub- und periurbanem Raum bewusst wird und so auch voneinander lernt (siehe Zwillingsresolution). **Gemeinsam geht es besser.**

Die SP Schweiz will die Agglo zum lebendigen und attraktiven Lebensraum machen.
Dazu setzen wir auf folgende Massnahmen:

- 1. Aktive Bodenpolitik:** Um Siedlungen und Räume jenseits von individuellen Profitinteressen nach gesellschaftlichen Bedürfnissen gestalten zu können, braucht man die Verfügungsgewalt über das Allgemeingut Boden. Gemeinden, Kantone und der Bund müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben: Öffentliche Kontrolle, keine Veräusserungen an Private und wenn immer möglich Rückkauf von Land.
- 2. Aktive Wohnpolitik:** Die SP-Wohnpolitik, die eine gezielte Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (öffentliches Eigentum, Genossenschaften etc.), einen starken Mieterschutz und soziale Durchmischung setzt, gilt es in der Agglo mit Nachdruck voranzutreiben.
- 3. Ganzheitliche Mobilitätspolitik:** Eine ganzheitliche Mobilitätspolitik kann realisiert werden, wenn sie integraler Bestandteil der Siedlungs- und Raumplanung ist. Sie ist auch nur dann möglich, wenn sie konsequent über die Gemeinde- und Kantons Grenzen hinaus geplant und durchgesetzt wird. Mit den Agglomerationsprogrammen des Bundes wird dieser Weg bereits erfolgreich

beschränkt. Grundsätzlich gilt: Öffentlicher Verkehr, Fuss- und Veloverkehr vor motorisiertem Individualverkehr. Mobilitätspolitik bedeutet heute aber auch, verantwortungsbewusst mit Mobilität umzugehen. Mehr Mobilität ist nicht automatisch besser.

- 4. Öffentliche Räume für alle schaffen:** Eine progressive Siedlungsplanung heisst, öffentliche Räume und Begegnungsstätten zu schaffen und zu pflegen, die quer durch die Bevölkerung genutzt werden. Die Möglichkeiten sind vielfältig, simpel und effektiv: Parks, Spielplätze, wöchentliche Märkte, Cafés, Restaurants oder Quartierzentren oder -läden bringen unterschiedliche Menschen zusammen und stärken Gemeinsinn und Zufriedenheit.
- 5. Service public stärken statt Steuern senken:** Eine Siedlungsplanung, die sich für soziale Durchmischung und das Miteinander der Bevölkerung interessiert, setzt sich auch mit bildungs-, sozial-, gesundheits- und familienpolitischen Fragen auseinander. Lebensqualität für alle statt für wenige bedarf öffentlicher Infrastrukturen und öffentlicher Dienste, die als qualitativ hochstehender Service public organisiert sind. Zum Service public gehört zwingend auch die Gesundheitsversorgung. Gesundheitsstützpunkte, welche das ganze Spektrum – von ärztlicher/medizinischer Versorgung über den Care-Sektor bis hin zu Kinder- und Altenbetreuung – abdecken. Sie müssen möglichst nahe bei den Menschen eingerichtet werden. Gerade in Agglomerationsgemeinden, wo viele Pendlerinnen und Pendler leben, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Dieser ist auch in anderen Bereichen gegeben. Generell sollen soziale Dienste nicht privatisiert und der Profitlogik ausgesetzt werden, sondern als Service public mit einem hohen professionellen Anspruch institutionalisiert sein.
- 6. Solidarische Steuerpolitik:** Die Kernstädte finanzieren wichtige Dienstleistungen, von denen die Umlandgemeinden profitieren: Verkehrsinfrastrukturen, soziale Dienste, kulturelle Institutionen mit regionaler Ausstrahlung, Sportangebote usw. Zudem sind auch gewisse Umlandgemeinden sehr belastet, namentlich bei Fragen der Sozialhilfe, der Arbeitslosigkeit und der Eingliederung. Das Steuersystem muss diesen Realitäten Rechnung tragen. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Gemeinden mittels eines solidarischen Steuersystems finanziell an der Kostendeckung beteiligen.
- 7. Verwaltungskompetenzen aufbauen:** Raum- und Siedlungsplanung im öffentlichen Interesse tangiert zwangsläufig die Profitinteressen von privaten Investoren und Bauherren. Wie verschiedene Beispiele zeigen, ist es wichtig, dass die Gemeinden Kompetenzen aufbauen und Ressourcen einsetzen, um dem Bau- und Immobiliengewerbe auf Augenhöhe begegnen und um eigene Visionen und Projekte entwickeln zu können. Konkret: es braucht gut ausgebildete SiedlungsplanerInnen in den Gemeinden. In kleinen Gemeinden, wo die entsprechenden Ressourcen trotz gutem Willen fehlen, sind Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden zu prüfen.

8. Demokratie plus: Raum- und Siedlungsplanung betreffen die unmittelbaren Lebensverhältnisse von Menschen. Es ist deshalb wichtig, dass Betroffene mitbestimmen können. Zu den Betroffenen gehört explizit auch die ausländische Wohnbevölkerung. Statt einer bürokratischen Verrechtlichung der Raumentwicklung fordert die SP mehr Partizipation. Wie in den Niederlanden erfolgreich praktiziert, sollen betroffene Kreise von Beginn weg systematisch in Entwicklungsprozess eingebunden sein, da dies zu besseren und breit abgestützten Ergebnissen führt.